

Webler, Wolff-Dietrich

Zusammenfassung und einige Zukunftsperspektiven. Anmerkungen zu den Ergebnissen dieses Bandes

Webler, Wolff-Dietrich [Hrsg.]: Überzogener und überhitzter Wettbewerb in der Wissenschaft I. Wissenschaftsförderung und ihre Irrwege. 2., überarbeitete Auflage. Bielefeld : UVW UniversitätsVerlagWebler 2024, S. 201-215. - (Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis; N. F. 43)



Quellenangabe/ Reference:

Webler, Wolff-Dietrich: Zusammenfassung und einige Zukunftsperspektiven. Anmerkungen zu den Ergebnissen dieses Bandes - In: Webler, Wolff-Dietrich [Hrsg.]: Überzogener und überhitzter Wettbewerb in der Wissenschaft I. Wissenschaftsförderung und ihre Irrwege. 2., überarbeitete Auflage. Bielefeld : UVW UniversitätsVerlagWebler 2024, S. 201-215 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-319201 - DOI: 10.25656/01:31920; 10.53183/978394601754711

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-319201>

<https://doi.org/10.25656/01:31920>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen und die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrags identisch, vergleichbar oder kompatibel sind. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work or its contents in public and alter, transform, or change this work as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. New resulting works or contents must be distributed pursuant to this license or an identical or comparable license.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

pedocs
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zusammenfassung und einige Zukunftsperspektiven

Anmerkungen zu den Ergebnissen dieses Bandes

Wolff-Dietrich Webler

Es glich einem Glücksfall, dass zu dem Zeitpunkt, als der Band mit dieser Thematik geplant wurde, so viele renommierte Autor:innen nicht nur hochmotiviert bereit waren, auf diese Entwicklung in eigenen Beiträgen einzugehen, sondern auch Gelegenheit fanden, solche Artikel im Zeitrahmen zu erstellen. Auf diese Weise ist eine übersichtliche Sammlung der Kritik an dem Wettbewerbsdogma entstanden, sodass in diesem Band eine Fülle von Perspektiven auf das Phänomen Wettbewerb gesammelt worden ist. Dabei ging es nicht um den Wettbewerb in der Wissenschaft an sich, nicht – wie manchmal anzutreffen – um dessen pauschale Verurteilung; Vergleiche in der Wissenschaft sind normal. Aber es geht um seine überzogenen und überhitzten Formen, um Fehlsteuerungen und die damit erzielten zweifelhaften Erfolge. Vielfach wird diese Fehlsteuerung zunächst nicht erkannt (was diesen Band mit ausgelöst hat).

Im vorliegenden Rahmen bisher kaum behandelt: Impactfaktoren

Die in diesem Band versammelten Beiträge gehen auf Impactfaktoren und deren methodenkritische „Würdigung“ kaum ein. Das soll hier nachgeholt werden. Wettbewerb setzt immer voraus, dass die Leistungen der Beteiligten festgestellt und verglichen werden – meist nach Indikatoren der Ausrichter des Wettbewerbs. Dabei spielen Impactfaktoren – etwa bei der Bewertung von Schriftenverzeichnissen bei Berufungsverfahren für Professuren (also einem Wettbewerb) – eine wichtige Rolle. Gegenüber der gegenwärtigen Praxis sind erhebliche methodische Einwände vorzubringen. Auf Impactfaktoren zu setzen, nimmt erhebliche Verzerrungen der Zitierhäufigkeiten in Kauf, die das Ergebnis endgültig in Frage stellen – vorab aus 5 Gründen: **a) Aktualität des Themas:** Wenn heute über Klimawandel, Wassermangel auf der Erde, Krebserkrankungen oder Covid 19 geschrieben wird, dann ist dem Artikel beinahe weltweit Aufmerksamkeit sicher. Erscheint ein hervorragender Artikel über die Geschichte der Grafschaft Ravensberg oder über die Arbeitslosen von Marienthal (klassische Studie der empirischen Soziologie von 1933), ist nicht entfernt mit vergleichbaren Zitationen zu rechnen. **b) Publikationssprache Englisch:** Solche Artikel werden weltweit gelesen. Erscheint ein hervorragender Artikel dagegen in einer nationalsprachlichen Zeitschrift, kann er wegen der Sprachbarriere nicht entfernt so häufig zitiert werden, wie ein in Englisch geschriebener. Da Sprache nicht nur Ausdruck des Denkens ist, sondern

umgekehrt auch das Denken beeinflusst, gibt es schwerwiegende Gründe, nationalsprachliche Wissenschaftssprachen beizubehalten bzw. zu fördern. Das stellt nicht infrage, dass Englisch z.Z. die lingua franca, die weltumspannende Sprache der Wissenschaft ist. **c)** Für einen Text, der nur in mehr oder weniger gutem **Englisch als Zweitsprache** verfasst wurde, ist die Chance, in Spitzenzeitschriften publiziert zu werden, über das Peer Review durch Muttersprachler geringer als für die von Muttersprachlern geschriebenen Texte. Das ergibt einen systematischen bias für Zweitsprachler. Es liegt also nahe anzunehmen, dass innerhalb der Gruppe englischsprachiger Artikel die Texte von Muttersprachlern (wie schon im Peer Review) öfter publiziert werden, dazu höhere positive Beachtung und damit Zitierhäufigkeit erreichen als von Autor:innen, deren Texte in Englisch als Zweitsprache verfasst wurden. **d) Zitierhäufigkeiten** verschieben sich auch dadurch, dass sich ältere Autor:innen mit einer größeren Zahl vorausgegangener Publikationen (naheliegenderweise im Sinne der Kontinuität eigener Arbeit) zunächst einmal auf eigene Publikationen beziehen und dort anknüpfen. **e) Manipulationsmöglichkeiten** kommen hinzu: die Zitierhäufigkeiten eigener Arbeiten können mit Hilfe von Zitierkartellen in die Höhe getrieben werden – was vielfach nachgewiesen worden ist.

Die Bedeutung der Impactfaktoren hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht – insbesondere im Zusammenhang mit Qualifizierungsprozessen (z.B. bei kumulativen Dissertationen) und aufgrund der Empfehlungen der DFG auch für Leistungsberichte von Fachbereichen. Diese Entwicklung ist schon einige Jahre in den Naturwissenschaften zu beobachten, gefolgt von der Medizin und in jüngster Zeit verstärkt in der Psychologie. Die Angaben über viele Dutzend Publikationen, die eine Bewerbung enthielt, waren immer schwerer zu überschauen und noch schwerer zu bewerten, wenn sie nicht selbst nochmal gelesen werden sollten. Bei Dutzenden von Bewerbungen in einem Verfahren war dies praktisch ausgeschlossen.

Also wurden Begutachtungserfolge herangezogen, sichtbar in den Zeitschriften, in denen die Publikation erfolgte. Für deren Schwierigkeitsgrad bzw. Ansprüche wurden Rangreihen entwickelt. Für entscheidend wurde der Impact (der Einfluss) einer Zeitschrift auf die fachliche Kommunikation erklärt. Als Indikator ist die Häufigkeit definiert worden, mit der ihre Texte im Durchschnitt von zwei zurückliegenden Jahren in anderen Publikationen zitiert werden. Das ist ein *bibliometrischer Wert* – bezogen auf die Zeitschrift, nicht auf die Qualität eines bestimmten Artikels. Damit werden Zeitschriften *bibliometrisch* untereinander verglichen. Allein das schon ist höchst fehleranfällig (s.u.). In der Anwendung kommt es häufig zu Fehlern, weil der Impactfaktor (wie gesagt) als Indikator für die Qualität eines einzelnen Artikels genommen wird, was er aber nicht wiedergibt – und was auch von Seiten der Firma Clarivate Analytics (die die Daten ermittelt und als Handelsware verkauft) nicht behauptet wird. Trotzdem stellt die Tatsache, dass diese Impactfaktoren immer wieder als Indikator für die Qualität eines bestimmten Artikels interpretiert werden, einen gravierenden Fehler dar. In Qualifizierungsprozessen und Berufungsverfahren wurde es nun für möglich

gehalten, Artikel in einer Form von Stellvertretung nicht mehr selbst zu lesen und zu begutachten, um die Qualität des Textes festzustellen. An die Stelle einer eigenen Bewertung des Textes trat der Impactfaktor der Zeitschrift, in der der Artikel erschienen war (und dessen offensichtlich positives Begutachtungsergebnis).

Zur Fehleranfälligkeit des Faktors selbst: Trotz ihrer wachsenden Verbreitung ist die Anwendung von Impactfaktoren problematisch – schon in der Erhebung mit gravierenden methodischen Fehlern behaftet, insbesondere, weil oft unklar bleibt, welche Art Texte von der Quantifizierung erfasst werden und in die entsprechende Gleichung zur Ermittlung des Impact eingehen (es kann auch Editorials u.ä. Texte umfassen – das ist mit der die Faktoren bereitstellenden Firma Clarivate Analytics verhandelbar!). Die Liste der Mängel ist jedoch wesentlich länger. Die Zeitschriften „Forschung“ (2009, Ausgabe 3+4) sowie „Qualität in der Wissenschaft“ (ebenfalls 2009, Ausgabe 3+4 Schwerpunkt „(Wie) ist geisteswissenschaftliche Forschung bewertbar?“) haben sich in mehreren Beiträgen mit der Problematik befasst.¹ Auch im Internet sind zahlreiche Hinweise zu finden.²

Große Unterschiede ergeben sich auch aus fachdisziplinären Arbeits- und Publikationsweisen. Um die Veröffentlichung neuer Erkenntnisse zu beschleunigen, sind die anfangs genannten Disziplinen schon länger dazu übergegangen, kaum noch Monografien zu schreiben. Dort erscheinen neue Forschungsergebnisse ganz überwiegend in Zeitschriftenartikeln. Das ist in den Geistes- und Sozialwissenschaften anders. Welche Publikationen gehen also jeweils in die Gleichung ein? Außerdem ist dieser Faktor – wenn überhaupt – nur in den Grenzen einer einzelnen Fachdisziplin anwendbar. So lautet die Definition. Viele Zeitschriften sind heute aber bewusst fächerübergreifend angelegt. Der Gegenstandsbereich „Wissenschaft & Hochschule“ zum Beispiel geht nicht in den Grenzen einer einzelnen Disziplin auf. Mindestens 11 Disziplinen beschäftigen sich regelmäßig mit diesem Gegenstand – gespiegelt in entsprechend multidisziplinären Zeitschriften.³ Oft werden interdisziplinäre Bezüge schon in einem einzigen Artikel hergestellt. Auch insofern ist dieses Maß auf diese Zeitschriften nicht anwendbar.

Auf diese Situation hat die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) mit einem Beschluss reagiert:

¹ Im open access zugänglich im Netz unter <https://www.universitaetsverlagwebler.de/forschung>

² Ein besonders hilfreicher Überblick: https://de.wikipedia.org/wiki/Impact_Factor – aber auch <https://www.laborjournal.de/blog/?tag=impact-faktor> zu „Impactitis“. http://www.forschungsinfo.de/iq/iq_inhalt.asp?agora/Journal_Impact_Factor/journal_impact_factor_inc.htmlXXXJournal%20Impact%20Factor oder <https://blogs.u.tu-berlin.de/publizieren/2019/08/der-journal-impact-factor-ein-geeignetes-mass/>
Daneben häufige, wenig methodenkritische Erläuterungen, z.B. <https://flexikon.doccheck.com/de/Impact-Faktor>

³ Bildungsgeschichte, Wissenschaftstheorie (Philosophie), Wissenschaftssoziologie, Hochschulmanagement (BWL), Pädagogische Psychologie, Allgemeine und (Hochschul-)Fachdidaktik (Erziehungswissenschaft), Geografie (Verhältnis Hochschule und Region), Architektur, Ingenieurwissenschaften (Labore, Medien), Informatik, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (in Verbindung mit Absolvent:innen- und Verbleibsstudien) usw.

„Fachgesellschaften: Begutachtete Zeitschriften ohne Impactfaktor

Die Kommission „Qualitätsentwicklung in Forschung und Lehre“ der AWMF hat alle Fachgesellschaften gebeten, die Zeitschriften zu benennen, die im jeweiligen Fachgebiet mit wissenschaftlicher Begutachtung (Peer Review) publiziert werden, aber nicht im SCIE oder SSCI gelistet sind. Kriterien für die Anerkennung als wissenschaftliche Publikationen durch die Fachgesellschaften sind dabei die folgenden:

- 1. Die Zeitschriften müssen mehrheitlich Originalarbeiten und wissenschaftliche Übersichtsarbeiten enthalten. Eine Benennung von Organen mit überwiegender Mitteilungs- und/oder Fortbildungscharakter soll nicht erfolgen.*
- 2. Die Zeitschriften müssen über ein Peer Review-Verfahren mit definiertem Verfahrensablauf verfügen.*
- 3. Die Zeitschriften sollen als nationale und ggf. international bedeutende wissenschaftliche Publikationsorgane im jeweiligen benennenden Fachgebiet allgemein anerkannt sein.*
- 4. Benannt werden können sowohl Print- als auch Online-Journale, sofern sie die genannten Voraussetzungen erfüllen. Bei Online-Journals ist zudem eine dauerhafte Archivierung und Zitierfähigkeit inklusive ISSN-Nummer zu fordern.*
- 5. Zeitschriften, die nur die wissenschaftlichen Abstracts auch wissenschaftlicher Kongresse darstellen (Supplements; Abstract-Bände), sollen nicht benannt werden, während elektronische Publikationen wissenschaftlicher Poster durchaus benannt werden können, wenn sie einem Peer Review-Verfahren mit definiertem Verfahrensablauf unterliegen.“⁴*

Bei einem Vergleich der Forschungsleistung der Bewerber:innen in einem Berufungsverfahren werden Unschärfen kaum zu vermeiden sein. Empfehlenswert: Die aus Sicht der Bewerber:innen 5 besten eigenen Publikationen werden auf Berichterstatter:innen verteilt (evtl. sogar ein doppeltes Peer Review nachgebildet) und dann der Berufungskommission die Beurteilungen mitgeteilt. Das Vorgehen ist zwar aufwändiger, aber entscheidend sachgerechter als andere Ansätze.

⁴ <https://www.awmf.org/forschung-und-lehre> (17.11.2023).

Wettbewerb in und um Hochschulen

Im Mittelpunkt der Beiträge in diesem Band steht der Wettbewerb der Antragsteller:innen auf der Suche nach externen Fördermitteln für die Wissenschaft. Diese Beiträge haben gezeigt, dass Wettbewerb nicht generell wissenschaftsfeindlich ist, sondern der Orientierung dienen kann und Initiativen auslöst (wo sich möglicherweise sonst Selbstzufriedenheit ausbreiten würde) und zur Erfolgssteigerung auch qualitätssteigernde Wirkungen entwickeln kann. Aber das gilt nur dann, wenn bestimmte Rahmenbedingungen gesichert sind. Und das ist in vielen Fällen nicht gegeben, wie die Beiträge in diesem Band detailliert herausarbeiten. Es zeigte sich, dass die häufigsten Formen der Förderung unter Nutzung des Wettbewerbs dysfunktional sind, wenn die Finanzbasis (im Verhältnis zum Finanzierungsbedarf und der Zahl der Anträge) zu schmal ist. Als sehr pauschale, erste Orientierung kann (quer zu den Fächern) genommen werden, dass 2022 jede Hochschulprofessur in Deutschland knapp 300.000 € an Drittmitteln eingeworben hat.⁵ Die Zahl der dafür entwickelten Anträge ist nicht bekannt, ebensowenig, wie die Zahl unter Einschluss aller abgelehnten Anträge ausfällt, um den insgesamt aufgewandten Arbeitsaufwand einschätzen zu können. Aus dem Artikel von Peer Pasternack geht hervor, dass den Hochschulprofessuren nach Abzug aller forschungsfremden Tätigkeiten noch 22% ihrer Arbeitszeit für die eigene Forschung bleiben. Ein Missverhältnis zwischen zu verteilenden Ressourcen und dem Bedarf an Forschung schadet der Forschung. Das wird verschärft durch den im Rahmen eines Reputationssystems erzeugten Zwang zu immer mehr Forschungsprojekten und der durch beides ausgelösten Zahl der Anträge und führt zu Fehlstrukturen. Wenn – wie zur Zeit – mehr als zwei Drittel der Anträge abgelehnt werden, müssen entsprechend mehr Projekte entwickelt und beantragt werden, um doch noch in das geförderte Drittel hineinzukommen, und um damit die Forschungsmitarbeiter:innen kontinuierlich unter Vertrag zu halten. Die Fülle der benötigten Anträge, deren Erfolg zu einer kontinuierlichen Forschung notwendig ist, steht im Gegensatz zu funktionalen Rahmenbedingungen für die Forschung. Damit aber ist dieser Teil der Forschungsförderung dysfunktional.

Auch lässt sich die Überzeugung nicht länger undifferenziert aufrechterhalten, Wettbewerb sei in allen seinen Formen leistungssteigernd. Hierzu zeigt die Untersuchung von René Krempkow und Yasmin Aktas (in diesem Band) in einer Langzeitstudie zu den Wirkungen der LOM am Beispiel der Universitätsmedizin, dass viele dieser Annahmen einer Überprüfung nicht standhalten und Wirkungen für ein erhöhtes Einwerben von Drittmitteln erst in langen Fristen erkennbar sind. Sie hängen dann auch noch von Faktoren ab wie der Dauer der Amtszeit von Dekan:innen und den Erfolgskriterien der LOM (insbesondere Gewichtung der Drittmittel im LOM-Modell). Sie untersuchen in ihrem Beitrag noch einmal die Grundidee des New Public Management, dass outputorientierte Steuerung wirk-

⁵ Quelle: destatis. Die Zahl enthält keine Angaben zu Drittmitteln in Medizin und Gesundheitswissenschaften.

samer sein soll als staatliche Vorgaben und zeigen, dass zumindest Annahmen zur unmittelbaren Wirksamkeit unberechtigt sind.

Das war die Ebene einzelner Projekte bzw. des Forschungsverhaltens von Einzelpersonen. Die Idee einer Feststellung oder Herstellung einer Leistungshierarchie zwischen den jeweiligen deutschen Hochschulen als ganze ist bei einigen Akteur:innen fest verankert. Sie gehen davon aus, dass internationale Bewerbungs- und Berufungsentscheidungen vom Rangplatz einer Hochschule mindestens beeinflusst werden. Sehr viel plausibler ist die Erfahrung, dass die angebotenen persönlichen Arbeitsmöglichkeiten in Ausstattung und Personal sowie das Einkommen die Entscheidung beeinflussen werden.

Für berufliche Tätigkeiten außerhalb von Hochschulen gilt: In den Personalabteilungen großer Unternehmen gibt es keine solchen Ranglisten für ganze Hochschulen; sehr wohl aber Rangvorstellungen über die Qualität von Fachbereichen oder Einzelprofessuren, mit denen branchenspezifisch regelmäßig zusammengearbeitet wird. Das hat lange Tradition. Im Übrigen sei daran erinnert, dass die föderale Republik nach dem Grundgesetz von (möglichst nahe am Ideal) der Gleichheit anzusiedelnden Lebensbedingungen in der Fläche ausgeht. Da sollte eher wieder an den Gedanken aus der Einleitung zu diesem Band angeknüpft werden, dass die Ergebnisse eines Leistungsvergleichs sehr wohl zu Investitionen bei den schwächsten Hochschulen führen können. Präzise Evaluationen sind imstande, die Ansatzpunkte für Investitionen und Reformen zu ermitteln. Zumindest auf der Seite von Studium und Lehre sind größere Unterschiede nicht zu rechtfertigen, wenn die Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt gleich behandelt werden sollen. Eine 85 Mio-Bevölkerung benötigt ein flächendeckend vergleichbar leistungsfähiges Wissenschaftssystem und nicht wenige Leuchttürme bei im Übrigen eher bescheidenem Niveau – von einem vergleichbar anspruchsvollen Bildungsauftrag für alle Studierenden ganz abgesehen.

Der Beitrag von Uwe Schmidt und Annemarie Deser („Nichtintendierte Effekte der Bewertung wissenschaftlicher Leistungen“) im Wettbewerb zeigt anhand des britischen Research Excellence Framework die Gefahren und Fehlsteuerungen der Einführung solcher Systeme – gerade auch durch Bewertungsfehler. Diese Fehler mit einer vergleichbaren Politik zu wiederholen, sollte unbedingt vermieden werden – noch dazu, da ein solches Modell als Anschauung zur Verfügung steht.

These aus der Einleitung – jetzt im Licht der Beiträge

Die These bezog sich darauf, dass die in Deutschland übliche Form des Wettbewerbs (insbesondere um Forschungsmittel) nicht geeignet ist, die Wissenschaft zu fördern. Zum Teil muss sogar von Behinderung ausgegangen werden. Es waren vor allem elf Beobachtungen, die das Konzept für diesen Band hervorgebracht haben. 1.) Dass das dauerhaft bestehende Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaftsautonomie und gesellschaftlicher Verantwortung der Wissenschaft und

deren Korrektur in Formen ausgetragen wird, die der Wissenschaft schaden – und damit letztlich auch der Gesellschaft selbst. 2.) Wie die Schädigung im Einzelnen aussieht bzw. auf welche Weise der Schaden verursacht wird. 3.) Die Annahme, dass die Summe der frei, aus der Ausstattung heraus zustande kommenden Forschung trotz der Expansion des Hochschulsystems und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht ausreichen würde, den gesellschaftlichen Bedarf zu decken. Dass der Ergänzungsbedarf also ganz erheblich sei. 4.) Dass diese Lücken durch Steuerung – etwa in der Programmförderung und ähnlichen Formen bis hin zur Auftragsforschung – gefüllt werden müssten. 5.) Dass der wissenschaftliche Nachwuchs für seine Karrierechancen immer schärfer in immer mehr Forschungsleistungen hineingetrieben wurde. 6.) Dadurch wurden einschlägige Forschungen durch die Suche nach Forschungsmitteln, und dort zugespitzt durch einen Ansturm auf die knapp gehaltenen Mittel, noch stärker unter Druck gesetzt. 7.) Mit dieser notorischen Knappheit wurde die Bereitschaft gesteigert, von eigenen Forschungsinteressen weg auf Angebote der Programmförderung bis hin zur Auftragsforschung einzugehen und damit Teile der Autonomie zugunsten externer Interessen aufgeben zu müssen. Das reichte bis zur Forschung außerhalb der Öffentlichkeit, um die Ergebnisse in privatem Profitinteresse oder militärischen Kontexten auswerten zu können (was eine Debatte um Öffentlichkeit der Wissenschaft und um die Nutzung öffentlich finanzierter Forschungsinfrastrukturen für private Profitinteressen ausgelöst hat). 8.) Durch die generelle Knappheit der Mittel bei hoher Nachfrage wird der Wettbewerb also weiter angeheizt. Ist das nötig? Nein – qualitätssteigernd können auch kommentierende Begutachtungssysteme wirken. 9.) Durch diese Rahmenbedingungen blieb kaum noch Zeit, professionell lehren zu lernen, d.h. die eigene Lehre auf der Höhe der Erkenntnisse der Lehr-/Lern- und Bildungsforschung zu entwickeln. „Employability“ können viele Disziplinen als Studienziel anbieten. Bei der Einlösung des gleichgewichtigen Studienziels „citizenship“ haben viele Disziplinen erhebliche Schwierigkeiten, denn sie haben keine ausreichenden (und vor allem wirksamen) konzeptionellen Bildungsvorstellungen, die über das eigene Fach hinausgehen. Dadurch wächst die Gefahr, dass Studium zur Wissensakkumulation degeneriert.⁶ 10.) Dass die dem deutschen Hochschulsystem nach wie vor zugrunde liegende Annahme von der Einheit von Forschung und Lehre bis in alle Studiengänge hinein infolgedessen eine Grundfinanzierung voraussetzt, die die Forschung in diesem Umfang überhaupt ermöglicht. Denn diese Annahme bedeutet, dass den Studierenden in der Lehre nicht nur über herausragende Forschungsleistungen berichtet wird,

⁶ Der Verfasser hat mit seiner Projektgruppe „Hochschulevaluation“ 84 Fachbereiche und kleinere Hochschulen als Ganze in ganz Deutschland evaluiert. Sehr gründlich, sehr offen und daher vertraulich. Die Aufträge dazu beruhten auf Weiterempfehlungen der „Betroffenen“ an neue Interessent:innen. Hier wurden Fachbereiche nicht mit externen Maßstäben konfrontiert, sondern die eigenen Ziele mit den Wegen ihrer Einlösung und dem Ergebnis verglichen. Anschließend wurden Wege empfohlen, die eigenen Ziele wirksamer zu erreichen. Da es hier auch darum ging, Gewohnheiten und Bequemlichkeiten zumindest z.T. aufzugeben, um die Ziele ehrlicher zu verfolgen, waren Konflikte mit sich selbst und der Evaluationsgruppe unvermeidlich.

sondern die Studierenden die reale Chance haben, Erkenntnisprozesse selbst durchzuführen und Wissenschaft in ihrer vielfältig bildenden Funktion an sich selbst zu erleben (zumindest phasenweise als forschendes Lernen und Projektstudium). Dies muss gezeigt und interpretiert werden. Bei der schnell wachsenden Spezialisierung der Forschungen sinkt die Wahrscheinlichkeit, diese Zusammenhänge während relativ kurzer Zeit im Studium selbst erleben zu können. Damit ist die Bildungsthese zunehmend marginalisiert und zu einer Formel ohne Realisierung herabgesetzt worden, obwohl der Trend umgekehrt werden müsste. 11.) Die dem Umfang der Forschungsförderung zugrunde liegende Annahme, dass Knappheit der Fördermittel die Qualität der Forschung steigern würde. Eine Annahme, die dazu führt, dass vielen lohnenden Forschungsfragestellungen nicht nachgegangen werden kann.

Soweit die auslösenden Beobachtungen. Als Konsequenz folgt daraus die Frage nach den Ursachen der heutigen Formen von Wettbewerb in und unter Hochschulen, den Folgen und danach, wie die Verhältnisse auf ein die Erkenntnis förderndes Maß zurück geführt werden könnten. Es würde den Rahmen sprengen, hier noch einmal die Zusammenfassung aller Beiträge zu erwarten. Sie liefern wichtige Befunde und Schlussfolgerungen. Deren Lektüre wird vorausgesetzt. Aber einige Linien lassen sich ziehen.

Alle Beiträge dieses Bandes eint die Skepsis, wenn nicht Gegnerschaft gegenüber dem von der deutschen Wissenschaftspolitik eingeschlagenen Weg des Wettbewerbs um Forschungsmittel. Hier haben sich die Zeichen der Überhitzung und Überziehung bzw. Übersteigerung eingestellt. Die Autor:innen dieses Bandes sind zu letztlich übereinstimmenden Ergebnissen gekommen, obwohl die Beiträge völlig unabhängig voneinander entstanden sind. Eine Verständigung untereinander hat nicht stattgefunden, der Band geht auf keine Tagung zurück. Die praktizierte Form des Wettbewerbs als Förderinstrument für Spitzenforschung ist kontraproduktiv, d.h. den Zielen nicht dienlich. Auch ist es fragwürdig, Qualität durch Knappheit der Fördermittel erzielen und dabei ökonomischen Wettbewerbsmodellen entsprechen zu wollen. Die getroffenen Maßnahmen sind weithin dysfunktional. Was also kann zur Stärkung der Hochschulen unternommen werden? Diese Frage wird abschließend wieder aufgenommen. Eine radikale Hierarchisierung des deutschen Hochschulsystems gezielt erreichen zu wollen, ist u.U. sogar verfassungswidrig, wie schon ausgeführt wurde.

Der Frage, wie es zu diesen Formen von Wettbewerb kam, gehen verschiedene Beiträge in diesem Band nach. Besonders intensiv ist dies bei Nicolai Götzke et al. in dem Text der Fall: „Multipler Wettbewerb – multiple Wettbewerbsakteure? Der staatliche Wettbewerb im Hochschulbereich und die Transformation von Bundesländern in Wettbewerbsakteure“. Die Autor:innen schreiben: „Mit Blick auf die historische Entwicklung bringen wir mit dem Konzept des multiplen Wettbewerbs die Beobachtung zum Ausdruck, dass sich die Wettbewerbsarenen im Hochschulbereich vervielfacht haben und dass sie zunehmend voneinander abhängig sind.“

Zum Wettbewerb gehören Leistungen und deren Messung. Die Erfassung der Forschungsindikatoren erfolgt je nach Vergleichskontext auf unterschiedlichen Ebenen. Bundesländer in der Intensität ihrer Förderpolitik zu vergleichen, erfordert andere Angaben als einen Summenvergleich der Haushaltsmittel. Der Vergleich wäre in einem ersten Schritt von der Zahl der Hochschulen, deren Größe, Fächerspektrum, Zahl der Professuren usw. abhängig. Dann kann die Zahl der Sonderforschungsbereiche, der Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der regionalen (evtl. grenzüberschreitenden) Forschungs-kooperationsabkommen herangezogen werden. Das alles liefert noch immer nur sehr grobe Anhaltspunkte, die allenfalls Dimensionen einschätzen lassen. Da bieten sich eher schon Forschungspublikationen an, die aus allen Teilen der Hochschule hervorgehen. Und deren Einzelqualität lässt sich – angeblich – über Impactfaktoren einschätzen. Aber auch die Impactfaktoren taugen nicht als Maß für individuelle Forschungsleistungen (wie unten näher auszuführen ist).

Die einzelnen Beiträge zeigen über alle Aktionsebenen hinweg, dass z.T. die Ziele, z.T. aber auch die einzelnen Maßnahmen einer Steigerung des Umfangs und der Qualität der Erkenntnisprozesse nicht immer dienlich sind, z.T. sogar im Wege stehen. Das zeigen gleich mehrere Beiträge in diesem Band, aus mehreren Perspektiven mit gleichem Ergebnis analysiert. Zum Teil werden sogar die Ziele ausgetauscht (innerwissenschaftliche Erkenntnisgewinne gegen Glanz in öffentlicher, medialer Wahrnehmung, abgebildet in tausenden von Einzelmeldungen, Rankingskalen, Auftritten in Sozialen Medien: „Medialisierung der Wissenschaft“), verbunden mit einem Wechsel der Indikatoren – jeweils den neuen Zielen entsprechend. Dies wird in mehreren Beiträgen deutlich, am schärfsten sichtbar bei Peter Weingart, bei Joachim Nettelbeck, bei Ulrich Teichler sowie Uwe Schmidt & Annemarie Deser. Joachim Nettelbeck zeigt in seinem provokanten Beitrag „Die Exzellenzuniversität behindert gute Forschung“ die Differenz – ja den Gegensatz – zwischen der Förderung guter Forschung und dem politisch motivierten Wunsch nach internationaler Sichtbarkeit mit dem Prädikat „Exzellenz“.

Kann das politische Ziel „internationaler Sichtbarkeit“ des ganzen Systems oder zumindest einzelner Universitäten diese ganzen Verschiebungen rechtfertigen? Hier zeigen sich eher Irrwege. Denn hier drängt sich der Eindruck auf, dass ganze Wissenschaftssysteme für externe, unwissenschaftliche, nämlich (außen-) politische Zwecke instrumentalisiert werden. Was geht bei geringerer internationaler Sichtbarkeit den Universitäten und der einzelnen Forschung verloren? Verlieren sie Forschungsförderung aus dem Ausland in größerem Umfang: keine. Die internationale, innerwissenschaftliche Kommunikation hat auch vorher über Tagungen, Zeitschriften, Bücher, direkte Korrespondenzen und gegenseitige Besuche bis zu Gastaufenthalten gut funktioniert. Das WWW hatte seit 1993 erklärtermaßen (zunächst) das Ziel, innerwissenschaftliche (Forschungs-)Kommunikation zu erweitern und zu beschleunigen – und war erfolgreich. Der Zwang, sich ständig messbar in seinen Leistungen auszuweisen, führt zu umfangreichen Verschiebungen in der Publikationspraxis, etwa der Geisteswissenschaften (von

Buchpublikationen zu kurzatmigen Zeitschriftenartikeln – eher als Ausweise einer Scheinproduktivität, besonders gezeigt in den Beiträgen von Weingart sowie Schmidt & Deser). Das sind Zugeständnisse an eine mediale Ebene und an die Erzeugung von Belegen für neu definierten Erfolg, die nicht den Erfordernissen wissenschaftlicher Erkenntnis entspringen.

Ein besonders konfliktreiches Kapitel macht Weingart sichtbar, indem er – als eine Folge des NPM – die Spaltung der (angeblich unterschiedlichen) Aufträge der Universitäten zwischen innerwissenschaftlicher Kommunikation einerseits und der gegenüber der Gesellschaft andererseits sichtbar macht. Kontakte zu letzterer durch die Wissenschaftler:innen selbst sollen eher unterbunden werden, was selbstverständlich zu heftigen Kontroversen führt. Er warnt davor, die Basis des Vertrauens in Wissenschaft zu gefährden: „Bislang bleibt das Vertrauen in Wissenschaft, verglichen mit anderen Institutionen, vergleichsweise hoch. Dennoch sollte der Umstand Anlass zur Sorge sein, dass die bekannte Abhängigkeit des Vertrauens von der Interessen*unabhängigkeit* der Wissenschaft und ihrer Identifikation mit dem Allgemeinwohl die Basis für dieses Vertrauen bildet, wenn gerade diese Basis infrage gestellt wird.“ Es gibt viele Anzeichen dafür, dass bei dem Versuch, Universitäten ähnlich wie Unternehmen in Konkurrenz untereinander zu sehen, gravierende, wissenschaftsfremde Fehler gemacht werden. Dies wird in verschiedenen Beiträgen gezeigt.

Wilhelm Krull erinnert in seinem Artikel „Vom Nutzen und Nachteil des Wettbewerbs für die Wissenschaft – Eine persönliche Bilanz“ an den innerdeutschen Vergleich und Wettbewerb im Zuge der Wiedervereinigung. Auch er verweist auf die Dysfunktionalität häufiger Formen des Wettbewerbs, die keineswegs forschungsfördernd wirken.

In den Wettbewerben geht es letztlich um die Einwerbung von Drittmitteln. Den näheren Umständen und Wirkungen gehen Otto Hüther und Uwe Schimank nach. Sie titeln „Drittmittel im Wissenschaftssystem – Belohnungen, Ermöglichkeiten und Sekundärverwertungen“ und gehen auf deren äußerst ambivalente Wirkungen ein. Und umgekehrt untersucht Peer Pasternack die Möglichkeiten, den Zwängen, Drittmittel einzuwerben, durch Ausweichen in einen Freiraum zumindest zeitweise diesen Zwängen zugunsten selbst gewünschter Forschung zu entkommen.

Summe der Argumentationen

In den Beiträgen dieses Bandes wurde herausgearbeitet, dass der **erste Hauptmangel** in einem Missverhältnis in den Proportionen zwischen den dem Haushalt der Hochschule fest zugewiesenen Mitteln und den über Drittmittel einzuwerbenden Mitteln besteht. Gefordert ist mindestens ein Verhältnis von 60:40%. Vorhanden ist oft eine Umkehrung, was zu einer dysfunktionalen Verteilung der verfügbaren Zeit mit dem Schwerpunkt bei der Antragsvorbereitung bedeutet.

Der **zweite Hauptmangel** besteht darin, dass viele Förderprogramme eine den Zeiterfordernissen der Forschung unangemessen kurze Laufzeit haben. Diese unzulängliche Laufdauer der Förderungen führt zu entsprechend kurzer Laufdauer der Einzelprojekte, sodass eine wissenschaftsfeindliche Kurzatmigkeit herrscht, die Hektik in der Forschung herbeiführt. Sie müssen für ihre Weiterförderung viel zu früh umfangreiche Erfolge vorweisen schon zu einem Zeitpunkt, zu dem die Forschungsprozesse lohnender Fragestellungen solche Ergebnisse noch gar nicht hergeben. Das „Bohren dicker Bretter“ wird ausgeschlossen, ein aussichtsreicher Folgeantrag geradezu blockiert (siehe die Beiträge von Wilhelm Krull sowie von Otto Hüther und Uwe Schimank). Forschung wird auf diese Weise nicht gefördert; ihr werden nicht die erforderlichen Durchführungsbedingungen eingeräumt. Damit werden die von den Programmen gesetzten Rahmenbedingungen dysfunktional, zwingen die Antragssteller:innen in immer neue Wettbewerbe, beanspruchen immer höhere Zeiteile für die Entwicklung neuer Anträge, führen zu inhaltlicher Fehlsteuerung, zu aufgeblähten Versprechungen und verhindern auch für das Projektpersonal akzeptable zeitliche Perspektiven. Ein für die angebliche Förderung der Forschung gravierender Nachteil, der Forschung de facto behindert.

Der **dritte Hauptmangel** liegt in den verbreiteten Indikatoren für Forschungsleistungen – von Impactfaktoren für Individuelleistungen bis zu Rangplätzen für ganze Hochschulen in internationalen Rankings. Letztere hat Ulrich Teichler in seinem Beitrag äußerst kritisch untersucht. Er hat ausgeführt, dass die Überbewertung von Rankings ganze Hochschulsysteme in ihrer Entwicklung fehlleiten kann, wenn sie von den Hochschulen selbst und von der Politik als Maßstab eigener Richtungsentscheidungen und Investitionen genommen werden.

Die steigende Relevanz a) der Forschungsergebnisse für Wirtschaft und Gesellschaft und b) die notwendige Expansion des Hochschulsystems in Forschung und Studium für eine Wissensgesellschaft hat zur Folge, dass der dazu notwendige Umfang der Ressourcen und damit der Anteile an öffentlichen Haushalten immer größerer Legitimation bedürfen. Da dieser Entwicklung politische Entscheidungen zugrunde liegen, die ihrerseits der öffentlichen Legitimation bedürfen, wendet sich die Politik an die Wissenschaft mit der Erwartung, die Öffentlichkeit selbst von dem Wert ihrer Unterstützung zu überzeugen. Damit gerät Wissenschaft aber in ein anderes Kommunikationssystem als ihr eigenes. Das war für die Öffentlichkeit besonders gut während der Pandemie zu beobachten, als der übliche, skeptische, bis zu gesicherten Ergebnissen sich wechselseitig widersprechende wissenschaftliche Dialog – ins Fernsehen gebracht – die breite Bevölkerung eher verwirrt hat und das Gegenteil bewirkte – jedenfalls nicht das Vertrauen in Wissenschaft wachsen ließ. Dieser Eindruck ließe sich allerdings bei geeigneter Wissenschaftskommunikation überwinden. Die Öffentlichkeit *in für sie interessanter Form* (zumindest gebunden an ein aktuelles Beispiel) darüber zu informieren, wie – in welchen Etappen und mit welchem Zeitbedarf – wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn („Wahrheitssuche“) abläuft, warum dieser Ablauf notwendig ist und worin dessen Nutzen besteht, hat (wenn allgemeinverständlich formuliert) einen hohen Nachrichtenwert und würde von den Medien bereitwillig verbreitet. Das

Projekt „Wissenschaft im Dialog“ versucht diese Teilaufgabe zu übernehmen – ein bisher zumindest quantitativ (Zahl der erreichten Bürger) noch sehr ausbaufähiges Projekt.

In diesen eher strukturell orientierten Beiträgen lag der Fokus nicht auf dem Wettbewerb zwischen Einzelpersonen und deren Reputationsgewinnen. Aber der Kampf um die Länge der Publikationslisten und die Relevanz der Publikationsorte (und deren Messung in Impactfaktoren) mit ihren Fehlleitungen ist ein weiteres, wichtiges Kapitel zum Stichwort Wettbewerb. Zunächst scheint keine direkte Rivalität vorzuliegen. Die Autor:innen messen ihre Fähigkeiten erst einmal allein an der Thematik. Aber attraktive berufliche Aufgaben – verbunden mit größerer Handlungsfreiheit und höherem Einkommen oder überhaupt erst einmal einem unbefristeten Arbeitsvertrag – sind ebenso ein knappes Gut, das als Ergebnis von Wettbewerben zugeteilt wird. Wenn nach erfolgreicher Bewerbung bekannt wird, dass es für diese Aufgabe noch 71 andere Bewerbungen gab,⁷ spätestens dann wird der Wettbewerb um die Stelle begreiflich. Bedenklich sind Wettbewerbsverzerrungen, die willentlich herbeigeführt werden oder immer wieder „passieren“ (Stichwort mangelnde Gleichstellung, Stichwort mangelnde Neutralität bzw. Befangenheit bei Einstellungsentscheidungen, die zu Chancenungleichheit führen). Täuschungsversuche, ihre Erfassung und Abwehr (z.B. Fake Journals)⁸, aber auch die viel milderen Strategien, die eigenen Bewerbungschancen zu erhöhen durch das Splitten von Publikationen zur Aufblähung von Publikationslisten, führen dazu, dass nur noch nach den 5 wichtigsten Publikationen gefragt wird, sodass auch der Begutachtungsaufwand radikal reduziert wird. Das ist imstande, Publikationsstrategien zu verändern und auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Alle diese Entwicklungen zusammen genommen, bindet dieses ganze System mit seinen gut begründeten Bestandteilen derartig viel Arbeitszeit, die der eigenen Forschung verloren geht, dass Kosten und Nutzen aller Teile immer wieder kritisch abgewogen werden müssen.

Lösungen und Zukunftsperspektiven

Ein Wettbewerb für Infrastrukturentscheidungen im Wissenschaftssystem – Standortentscheidungen für Unikate, wie einzelne Schwerpunktinstitute – etwa das Alfred-Wegener-Institut o.ä. – mit einer Sachverständigenkommission als stark verbindliche Beratungs- oder auch Entscheidungsinstanz ist sachgerecht. Aber ein Wettbewerb als ständige Form der Einwerbung von Mitteln für den „Normalbetrieb“ der Aufgabenerfüllung ist überzogen und dysfunktional. Die Abwägung zwischen Qualitätsgewinn und Aufwand zeigt, dass der Aufwand für den verfolgte

⁷ Eine Konstellation aus dem CV des Autors, als er sich an die Universität Bielefeld bewarb.

⁸ Nach einer der Zeitschrift Nature vorliegenden Studie sollen allein im Jahr 2022 70.000 Artikel gefälscht worden seien. Das entspreche etwa 1,5 bis 2% aller vergleichbaren Artikel.

ten Zweck deutlich zu hoch ist. Alle hier in dem Band zusammengetragenen Zeichen deuten darauf hin, dass die drastische Reduzierung der Grundausrüstung von Professuren seit den 1970er Jahren eine Fehlentscheidung war. Die gewünschte Qualitätskontrolle schon vor Beginn eines Forschungsvorhabens und nicht erst anhand der Ergebnisse lässt sich auch vorher durch verschiedene Varianten von Peer Review-Verfahren erzielen. Also muss die Grundausrüstung wieder deutlich gesteigert werden. Die ehemaligen Gründe, Forschung in Projektform zu zwingen, um anhand des Antrags klare Ziele und Planungsgrundlagen zu gewinnen (einen Arbeits-, Zeit- und Kostenplan für jedes Vorhaben, wobei eine Mindestgröße, abhängig von der Dauer des Projekts, zu definieren wäre), kann auch in der Gegenwart gesichert werden.

Forschungsressourcen werden immer begrenzt sein; das bringt die blühende Forschungsfantasie mit sich. Knappe Ressourcen sollten dem aussichtsreichsten Vorhaben zufließen. Was jeweils als aussichtsreich eingestuft wird, lässt sich in der Grundlagenforschung innerwissenschaftlich entscheiden, in der anwendungsorientierten Forschung in einem Gleichgewicht zwischen gesellschaftlichem Nutzen und innerwissenschaftlichem Fortschritt. Um das jeweils beurteilen zu können, bedarf es a) qualitativ möglichst hoch angesiedelter Vorhaben und bei Finanzvolumina, die die Grundausrüstung deutlich übersteigen, ... b) einer vorbereitenden Ausstattung, die eine Teilhabe an der Auswahl ermöglicht und c) eines Vergleichs der Vorhaben, also eines Wettbewerbs. Nur die Zahl der Fälle, in denen ein Wettbewerb Auswahlentscheidungen stark erleichtern würde, sollte drastisch reduziert werden. Das kann – wie vielfach gefordert – durch eine Erhöhung der Grundausrüstung und der Fördersummen geschehen.

Wilhelm Krull hat in seinem Beitrag darauf hingewiesen, dass eine von Schweden ausgehende, ländervergleichende Studie gezeigt hat, dass in mehreren europäischen Ländern für die Durchführung von Forschungsprojekten ein Verhältnis von 40% Grundausrüstung und 60% einzuwerbenden Forschungsmitteln herrscht – mit allen in diesem Band zusammengetragenen Nachteilen – und eine Umkehrung des Verhältnisses angemessen wäre: 60% Grundausrüstung und 40% einzuwerbende Forschungsmittel. Fühlbare Entlastung brächte auch eine deutlich längere Laufzeit der Förderprogramme und damit der Projekte sowie größere Formate und damit größere Fördersummen. Die Häufigkeit der Folgeanträge könnte entscheidend gesenkt werden. Übertragen werden könnte auch ein altes Modell der Universität Bielefeld: Hier konnte die zentrale Forschungskommission Mittel bewilligen, die der „Anforschung“ größerer Projekte dienen sollten, um deren Antrags- und Bewilligungschancen zu erhöhen. Die LOM wäre damit nicht überflüssig, könnte aber in ihrem Umfang und ihren arbeitszeitabsorbierenden Wirkungen reduziert werden.

Das hätte als weiterer Schritt die Folge für die Personalstruktur an Hochschulen, nicht (wegen des Kettenvertragsverbots) ständig wechselndes Projektpersonal unter Vertrag zu haben, sondern wieder ein bis zwei Varianten des ständigen

Forschungspersonals unterhalb der Professur einzuführen,⁹ das hintereinander Forschungsprojekte durchführt plus Personalstellen für Qualifizierungszwecke, dort also befristete Verträge mit klarem Ziel.

Damit würde es aufhören, mit Zeitverträgen ständig Forschungspersonal zu qualifizieren, für das es in dieser Zahl keine langfristigen Perspektiven im Wissenschaftssystem gibt und das dann lebensälter aus diesem System ausscheiden müsste. Bevölkerungspolitisch ist es nicht nachvollziehbar, tausenden hochqualifizierten und meist hochgebildeten Personen systematisch eine langfristige berufliche Perspektive vorzuenthalten und damit durch häufigen Verzicht auf eine Familiengründung von der Reproduktion der Bevölkerung auszuschließen. Die gerade veröffentlichte Zahl: „67% des wissenschaftlichen Hochschulpersonals waren Ende 2022 befristet beschäftigt“ (Quelle: Statistisches Bundesamt) zeigt die Blindheit und soziale Unvertretbarkeit dieser Politik. Diese Fakten werden zu Bausteinen einer Politik, die dann zu den geringen Geburtenzahlen führt. Deutschland hat keine Alterspyramide mit deutlich zahlreicheren jüngeren Generationen, sondern das Generationenverhältnis zeigt ein aufrecht stehendes Rechteck. Damit aber fehlt die Voraussetzung des Generationenvertrages, in dem nachfolgende Generationen die Renten der Generationen oberhalb der 65/63 Jahre aufbringen. Zu einem sozial ausgewogenen System, in dem die berufliche Gleichstellung der Frau ernst genommen wird, gehört auch eine leistungsfähige Infrastruktur von Tagesmüttern und Kindertagesstätten, weil – trotz aller Gleichstellungswünsche – die Berufstätigkeit von Frauen nur mit derartiger Unterstützung gelingen kann. Die breite Erfahrung zeigt, dass trotz aller guten Vorsätze zur Gleichverteilung der Elternpflichten (und gleiche Elternzeit, die auch gleich genommen wird), die reale Belastung bei Schwierigkeiten der Kinder bei den Müttern liegt. Wenn diese Gleichverteilung nicht gelingt, treten neue/alte Formen der Diskriminierung auf, z.B. dass von Betrieben (wegen der drohenden Folgen für die real verfügbare Arbeitszeit) weniger Frauen eingestellt werden. Die Kinderlosigkeit führt letztlich zum gravierenden Fachkräftemangel, der wiederum durch Einwanderung ausgeglichen werden soll, was zu aufwändigen (und damit auch teuren) Integrationsprogrammen führen müsste. Das Fehlen einer ausreichenden Geburtenrate hat eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Problemen zur Folge. Ihr Ausgleich zeigt mit seinen Kosten, was dem Wissenschaftssystem an Finanzierung verloren gegangen ist und welche Fehlentwicklung hier eingeleitet wurde. Der Blick auf typische Einwanderungsländer mit ihren Problemen mit Parallelgesellschaften zeigt, welchen Weg die deutsche Politik nicht gehen sollte.¹⁰

Was hier mit der Analyse des Wettbewerbs in der Wissenschaft begann, endet bei Forderungen zur sozialen Ausgestaltung des Wissenschaftssystems. Wir

⁹ Die akademischen Räte sind zu Unrecht pauschal abgewertet worden. Die empirische Basis war etwa so belastbar wie wenn die Professur angeblich mehrheitlich ihren Aufgaben in Forschung und Lehre nicht nachkommen würde.

¹⁰ Um nicht missverstanden zu werden: Hier wird sich nicht gegen Einwanderung gewendet. Aber sie ist keine Lösung für die bevölkerungspolitischen Fehler, die nicht angegangen werden.

waren ausgegangen von der zu geringen Grundausrüstung der Professuren im Zuge einer Qualitätssteigerung der Forschung, der dadurch politisch gewollten Drittmittelabhängigkeit (insbesondere durch Programmförderung bei bestehender Mangelverwaltung), ihrem dysfunktionalen Arbeitsaufwand bei Antrag, Begutachtung, Durchführung, Berichten und Abrechnung – also einer Schwächung der verfügbaren Forschungszeit und des Forschungssystems – und kamen dann zur Personalstruktur, zum Heer befristet beschäftigten Forschungspersonals, dessen prekäre Situation zu relativer Kinderlosigkeit und damit gravierenden Problemen für die Grundlagen des Sozialstaates in der Fortsetzung des Generationenvertrages führt. Eine weite Spanne von Auswirkungen bis zur Schwächung des Sozialstaates, die umgehend korrigiert werden muss.

Für die Auseinandersetzung um den Wettbewerb in der Wissenschaft ist ein Ende nicht abzusehen. Die Debatte hat sich ja mindestens seit der Verkündung von Wettbewerb zwischen Hochschulen durch die Bundesministerin Dorothee Wilms 1983 neu entzündet – fortgesetzt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1985 und noch einmal heftig entfacht durch die Debatte um Exzellenz-Hochschulen 10 Jahre später und um deren Imboden-Evaluationsbericht, der dementsprechend auch auf keine ungeteilte Zustimmung stieß.

Es gibt Lösungswege; sie erfordern aber einen erheblich differenzierteren Umgang mit dem Instrument Wettbewerb als bisher üblich. Eine vollständigere Kostenerfassung liefert ohnehin erhebliche Zweifel, ob dies eine empfehlenswerte Strategie für alle Formen der Vergleiche in der Wissenschaft darstellt. Um durch Drittmittel die benötigte Ausstattung einzuwerben, die für die eigenen Forschungsaufgaben nötig wäre, sind die Kosten dieses Verteilungsmechanismus zu hoch.